

Zu viele offene Fragen

Der Bauskandal muss nicht nur gelöst, sondern aufgeklärt werden

VON MICHAEL ISENBERG

„Ich bin machtlos; die psychische Belastung ist enorm, meine physischen Kräfte sind am Ende“, steht in einer Mail, welche die Redaktion in der Nacht zum Freitag erreicht hat. Absender ist einer der 25 Bauherren, die im Neubaugebiet Hohlgrabenäcker in Zazenhausen und Zuffenhausen den Traum vom Eigenheim verwirklichen wollten— und allem Anschein nach übel betrogen wurden. Unsere Zeitung hat den Bauskandal vor zwei Wochen öffentlich gemacht. Seitdem ist viel passiert. Trotzdem ist der Absender der Mail verbittert. Weshalb?

Die Politik hat schnell reagiert. Schon vier Tage nach dem ersten Zeitungsbericht befasste sich der Gemeinderat mit dem Fall und präsentierte eine Lösung: Die sieben Einzelhäuser und Doppelhaushälften, die von einer dubiosen Projektfirma geplant und realisiert wurden, könnten nachträglich genehmigt werden, sagen die Stadträte. Auch zehn Doppelhaushälften, die den Bebauungsplan um 80 Zentimeter überschreiten, könnten erlaubt werden, jedoch ohne Balkon. Bei zwei Doppelhaushälften, die am wenigsten weit fertiggestellt sind, pocht die Stadt allerdings weiterhin auf den „Rückbau“ der 80 Zentimeter.

Stadträte und Stadtverwaltung haben sich um eine Lösung mit Augenmaß bemüht. Sie haben nicht nur die Not der Betrugsoffer berücksichtigt, sondern auch deren Eigenverantwortung als Bauherren. Auch die Außenwirkung wurde bedacht; immerhin wird in den Hohlgrabenäckern erlaubt, was auf jeder anderen Baustelle verboten würde. Unrecht kann nicht durch Unrecht aus der Welt geschafft werden. Nur die Folgen können— unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit — gemildert werden.

Dennoch hat die Entscheidung der Stadt Schwächen: Sie ist ungerecht, weil sie den gleichen Sachverhalt ungleich sanktioniert. Sie ist heikel, weil die Ungleichbehandlung sozialen Unfrieden zwischen den Bauherren stiftet, die noch lang Nachbarn sein werden. Außerdem lenkt die überraschend rasche Lösung der Politik von der Verantwortung der Stadt ab: Hätten die Beamten nur ihren gesunden Menschenverstand eingesetzt, wären die Bauherren vielleicht mit einem blauen Auge davongekommen. Wer hat die dubiose Firma geprüft, ehe sie den Zuschlag für die vormals städtischen Grundstücke erhielt? Wer prüfte die Makler? Welche Referenzen wurden für ein Projektvolumen von neun Millionen Euro verlangt? Warum hat die Stadt nicht die Reißleine gezogen, als die ersten, völlig missratenen Pläne beim Baurechtsamt vorgelegt wurden?

Der Bauskandal wird bald ein Fall für die Staatsanwaltschaft sein. Das ist gut so. Es gibt noch zu viele offene Fragen und Ungereimtheiten. Der Skandal muss nicht bloß gelöst werden. Er muss aufgeklärt werden. Das ist nicht nur im Sinne der 25 Bauherren, sondern im Sinne aller, die den Traum von den eigenen vier Wänden träumen.

m.isenberg@stn.zgs.de